

Finanzkrise und Staatsschulden

Das Geld für die notwendigen Hilfen positiv investieren

Die derzeitige Krise bedroht den Euro und den politischen Zusammenhalt der Europäischen Union. Oft wird vergessen, dass die Staatsschulden durch die Bankenrettungspakete eklatant gestiegen sind, also die Finanzkrise der Anlass für die Schuldenkrise war.

Zur Bewältigung der Krise sind viele Maßnahmen notwendig: Zur kurz- und mittelfristigen Erhaltung der Zahlungsfähigkeit und zur Senkung der Zinssätze muss ein erweiterter Rettungsschirm in Kombination mit Zentralbankfinanzierung geschaffen werden. Mittel- und Langfristig können die Antworten auf die Krise jedoch nur Investitionen in die Zukunft und Produktivität, sozialer Frieden, regulierte Finanzmärkte und ein ausgeglichener Haushalt über den Konjunkturzyklus sein. Wir sehen die Krise als Chance für eine weitere wirtschafts- und fiskalpolitische Vertiefung der EU.

Statt reiner Finanzhilfe für z.B. Griechenland schlägt die BSA EU-Gruppe ein europäisches Investitionsprogramm vor, das europaweit in innovative Zukunftstechnologien investiert. Nur so können Griechenland und andere wirtschaftlich schwächeren Länder langfristig wieder auf die Beine kommen. Und bei aller notwendigen Budgetdisziplin: Man kann sich aus einer Krise nicht heraussparen. Durch zu viel Sparen entsteht Rezession, was die Defizite wiederum erhöht.

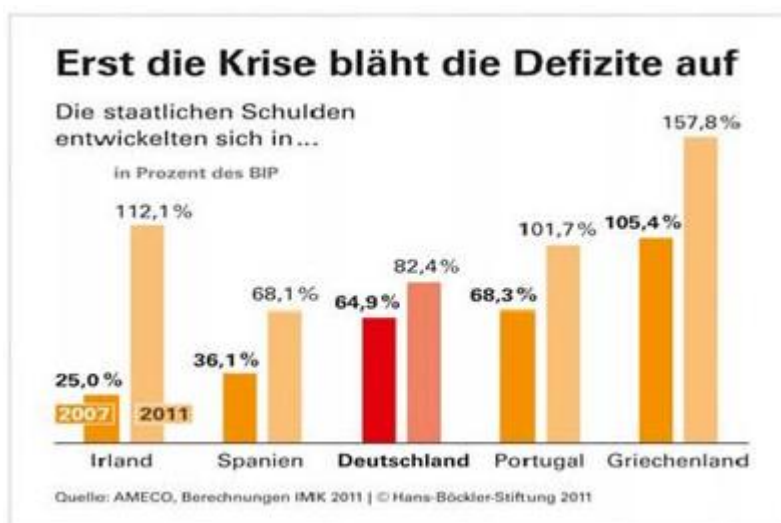
Vermögens- und Finanztransaktionssteuer sind keine Allheilmittel, aber zwei notwendige Maßnahmen zur Staatsfinanzierung, die sowohl verteilungspolitisch zu begrüßen sind, als auch die Kaufkraft von allen Steuern am wenigsten senken. Als SozialdemokratInnen dürfen und wollen wir die soziale Situation der Menschen in Griechenland nicht vergessen. Die momentanen Sparmaßnahmen treffen die Unter- und Mittelschicht überproportional, während die Elite keinen angemessenen Beitrag leisten muss.

Aufgrund der Finanzkrise sind die Staatsschulden stark angestiegen.

Dadurch leiden nicht die Banken unter den Staatsschulden, sondern die Staaten unter den Bankenrettungspaketen.

Der Staatsschuldenstand allein ist für die Beurteilung der Situation nicht aussagekräftig. Wachstumsaussichten, Leistungsbilanz, Struktur der Schulden (Fristigkeit, Anteil

Auslandsverschuldung) und die Höhe der Zinslast werden in der Diskussion oft vernachlässigt. So hat z.B. Japan mit einem Schuldenstand von über 200% des BIP weniger Probleme als einige Euro-Länder.



Manche EU-Staaten wie etwa Griechenland hatten schon vor der Finanzkrise strukturelle Probleme, die durch die Finanzkrise so verstärkt wurden, dass wir uns jetzt in der nächsten Krise befinden. Dementsprechend müssen diese Staaten auch langfristig mit EU-Hilfe wesentliche strukturelle Verbesserungen durchführen, um aus der Krise herauszukommen. Das brutale Adhoc-Sparprogramm, das Griechenland derzeit vorgeschrieben wird, führt nicht nur zur stärkeren Schrumpfung der Wirtschaft, sondern auch zu sozialen Problemen in einer Größenordnung, die die Sozialdemokratie sicher nicht befürworten kann.

In der jetzigen Krise befürwortet die BSA EU-Gruppe den europäischen Rettungsschirm und tritt zusätzlich für kurz- und eventuell auch mittelfristige Stützungskäufe von Staatsanleihen durch die EZB¹ ein. Diese Unterstützung der Zentralbank macht die Zahlungsfähigkeit etwas unabhängiger von den Finanzmärkten und beugt Hysterien und damit exorbitant hohen Risikoaufschlägen auf die Zinsen vor.

Trotzdem kann die Zentralbankfinanzierung nur ein vorübergehendes Mittel sein, mittelfristig muss konsolidiert werden. Auch Euro-Bonds sollen als ein Teil der Lösung bis zu einer Obergrenze (Blue Bonds²) eingeführt werden, um die Last und das Risiko zu verteilen und günstigere Zinssätze zu erreichen.

Die wirtschaftliche Situation in den von der Staatsschuldenkrise am stärksten betroffenen Ländern ist sehr unterschiedlich, deshalb sind für jedes Land andere Maßnahmen notwendig. In Griechenland braucht es auf jeden Fall gröbere Umwälzungen. Statt reiner Finanzhilfen schlägt die BSA EU-Gruppe ein europäisches Investitionsprogramm vor, das mit europäischen Budgetmitteln finanziert wird, was auch eine Verschiebung der Steuermittel von der nationalen auf die EU-Ebene notwendig macht. Im Gegensatz zur bestehenden EU-Kohäsionspolitik, die von den nationalen Behörden abgewickelt und auch zwingend kofinanziert wird, soll dieses Investitionsprogramm keine direkte finanzielle Beteiligung des jeweiligen Mitgliedsstaates benötigen und auch direkt von EU-Institutionen verwaltet werden.

Schwerpunkte dabei sollten folgende sein:

- Aufbau von innovationsgetriebenen Unternehmen im industriellen und Dienstleistungssektor und Investitionen im Bildungssektor. Diese Maßnahmen könnten langfristig auch die Abwanderung vieler junger universitär ausgebildeter GriechInnen, die das Land seit Jahrzehnten seiner Bildungselite beraubt, aufhalten.
- Unterstützung beim Aufbau eines funktionierenden Staats- und Steuerwesens: Die BSA EU-Gruppe schlägt einen europäischen Know-How-Transfer in Verwaltungssachen vor, um die Ineffizienz des griechischen Steuersystems sowie die vorherrschende Korruption zu bekämpfen.
- Aktive Arbeitsmarkt- und Ausbildungspolitik speziell für ArbeitnehmerInnen des öffentlichen Sektors, um die Möglichkeit zu schaffen, in den privaten Sektor zu wechseln.

Neben allen ökonomischen und sozialen Argumenten muss die Krise auch deshalb mit politischer Entschlossenheit gelöst werden, da sonst die Gefahr droht, dass nationalistische, rechtsradikale Parteien extremen Aufwind und sogar Mehrheiten bekommen. Nationalistische Politiken würden noch mehr Schaden anrichten und möglicherweise die gesamte Europäische Union gefährden.

¹ Der Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB ist in der derzeitigen Krise auch schon erfolgt. Das soll noch erweitert werden.

² vgl. "The Blue Bond Proposal" auf www.bruegel.org (<http://www.bruegel.org/download/parent/509-eurobonds-the-blue-bond-concept-and-its-implications/file/1370-eurobonds-the-blue-bond-concept-and-its-implications/>)



Die Staatsschuldenkrise zeigt auch den Reformbedarf der europäischen Politikstruktur deutlich. Zentrale Geldpolitik und Währung auf der einen, nationale Fiskal- und Wirtschaftspolitik und Entscheidungsstrukturen mit Vetorecht jedes einzelnen Mitgliedsstaates auf der anderen Seite führten in die Misere und behindern uns auch jetzt bei der Krisenbewältigung. Deshalb kann mittelfristig die positive Antwort nur mehr europäische statt nationaler Politik bedeuten. Dies bedeutet jedoch nicht einfach neoliberale Sparvorschriften für alle, sondern ein europäisches Konzept zur Struktur der Staatshaushalte, gemeinsame Investitionen in die Zukunft und die gemeinsame Anstrengung, ein soziales Europa zu erreichen. Eine europäische Finanztransaktionssteuer und ein europaweiter Ausbau der Vermögenssteuer sind zwei erste aber wichtige Schritte dazu. Auch wenn es keinen Konsens in der gesamten EU zur Finanztransaktionssteuer gibt, soll sie zumindest in den Ländern, die dafür sind, eingeführt werden.

Rückfragenhinweis:

BSA EU Gruppe

Mag.^a Sonja Schneeweiss, Europasprecherin

Bund sozialdemokratischer Akademiker/innen, Intellektueller und Künstler/innen (BSA)

Landesgerichtsstraße 16/3

1010 Wien

Mobil: +43 664 143 23 21

europa@bsa.at, www.bsa.at

Weiterführende Informationen:

Hannes Swoboda zu Eurobonds, Budgetdisziplin und Europäischer Wirtschaftsregierung:

<http://www.hannes-swoboda.at/?p=4796>

Studie „Voraussetzungen einer erfolgreichen Konsolidierung Griechenlands“ der Hans Böckler Stiftung

http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_66_2011.pdf

BIP, Schuldenstand und Budgetdefizit der Eurozone

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/2-26042011-AP/EN/2-26042011-AP-EN.PDF

„Die Eurokrise in Zahlen (I)“

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=10585#more-10585>

Interessanter Artikel zu Bilanzakrobatik und Griechenland:

<http://www.boerse-express.com/pages/1204990>